

Wicki, Monika T.

## **"Unruhe beheben – Kosten sparen". Diskriminierende Sprechakte der politischen und medialen Arena in der Schweiz 2012 bis 2022**

*Bosse, Ingo [Hrsg.]; Müller, Kathrin [Hrsg.]; Nussbaumer, Daniela [Hrsg.]: Internationale und demokratische Perspektiven auf Inklusion und Chancengerechtigkeit. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 104-110*



Quellenangabe/ Reference:

Wicki, Monika T.: "Unruhe beheben – Kosten sparen". Diskriminierende Sprechakte der politischen und medialen Arena in der Schweiz 2012 bis 2022 - In: Bosse, Ingo [Hrsg.]; Müller, Kathrin [Hrsg.]; Nussbaumer, Daniela [Hrsg.]: Internationale und demokratische Perspektiven auf Inklusion und Chancengerechtigkeit. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 104-110 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-297447 - DOI: 10.25656/01:29744; 10.35468/6072-10

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-297447>

<https://doi.org/10.25656/01:29744>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



### **Kontakt / Contact:**

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

*Monika T. Wicki*

## **„Unruhe beheben – Kosten sparen“ – Diskriminierende Sprechakte der politischen und medialen Arena in der Schweiz 2012 bis 2022**

### **1 Ausgangslage**

In liberalen Demokratien hat die öffentliche Meinung für die politischen Entscheidungsträger eine zentrale Bedeutung (vgl. Kriesi 2001; Jarren 2021). Da dies auch für heil- und sonderpädagogische Themen gilt, ist es wichtig, zu untersuchen, inwiefern etablierte Akteure, Medien und Öffentlichkeit heil- und sonderpädagogische Themen thematisieren und sich im Diskurs einbringen. Insbesondere stellt sich die Frage, inwiefern diskriminierende Sprechakte den Diskurs prägen.

#### **1.1 Politische Akteure und Mobilisierungsstrategien**

Kriesi (2001) unterscheidet drei politische Akteure: Die etablierten politischen Akteure (Regierung, Opposition, Parteien, Interessenverbände, Verwaltungseinheiten), Medien (Presse – einzelne Zeitungen, Rundfunk – Radio und Fernsehen, einzelne Sender) und Aussenseiter (Organisationen von sozialen Bewegungen). Der Informationsfluss zwischen politischen Akteuren und dem Publikum, den Bürgerinnen und Bürger, der Bevölkerung, läuft in der Regel über Massenmedien, die ein hohes Mass an Autonomie besitzen und von den politischen Akteuren meist nicht direkt kontrolliert werden. Nach Kriesi (2001) ist die Kommunikations- und Darstellungspolitik im Sinne der Beobachtung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung eine unerlässliche Komponente der Steuerung.

Was Thema der öffentlichen Agenda wird und welche Positionen sich in der öffentlichen Meinung durchsetzen, ist das Resultat eines kollektiven Prozesses der Agendabildung, bei welchem die politischen Akteure, die Medien und das Publikum sich gegenseitig beeinflussen (vgl. Lang & Lang 1983). Dabei sind Journalisten auf Ereignisse fokussiert, die entweder institutionalisiert oder auch inszeniert sind. Gleichzeitig folgen sie einer eigenen Selektions- und Präsentationslogik, die sich am Kriterium der Aufmerksamkeit des Publikums orientiert (vgl. Kriesi 2001).

## 1.2 Diskriminierende Sprechakte

Sprechen und Verstehen sind grundlegende Elemente sozialer Interaktion. Sprache ist aber nicht nur als ein Zeichensystem zu verstehen, sondern das Leben der Zeichen muss immer im Kontext des sozialen Lebens betrachtet werden (vgl. De Saussure 1967), auch im Kontext dessen, was gegenüber anderen mit Worten getan wird (vgl. Austin 1972). Sprache dient der Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen.

In vielen westlichen Ländern sind zwar offene ethnische, religiöse und weitere soziale Vorurteile gesellschaftlich unerwünscht, dennoch sind sie immer noch weit verbreitet. Dies führt zu indirekten und gesellschaftlich weniger unerwünschten Formen von Diskriminierung. Sie wird weniger offen und verbal ausgedrückt, sondern muss an dem, was ein Sprecher unbewusst „von sich gibt“ oder was „zwischen den Zeilen“ gelesen werden kann, untersucht und festgemacht werden (vgl. Graumann und Wintermantel 2007).

Ein wichtiger Aspekt, der für die Untersuchung sozialer Diskriminierung von besonderem Interesse ist, ist die Aufrechterhaltung von Machtbeziehungen, beispielsweise zwischen der In- und der Outgroup, der Mehrheits- und der Minderheitengruppe. Nach Graumann und Wintermantel (2007) sollten Sprachproben daher nach Zeichen und Symbolen defensiver, aversiver, ambivalenter Einstellungen untersucht werden, „da auch solche Zeichen die wichtigsten Funktionen der Diskriminierung erfüllen: Trennen, Distanzieren, Unterschiede betonen, Abwerten, Festschreiben – Zeichen, die nicht unbedingt von jedem als diskriminierend erkannt werden, die aber denen gegenüber, ‚die sie angehen‘, Signalwirkung besitzen.“ (vgl. ebd., 14).

## 2 Fragestellung und methodisches Vorgehen

Inwiefern wurden in der parlamentarischen und medialen Arena zwischen 2012 und 2022 diskriminierende Sprechakte bezüglich heil- und sonderpädagogischer Themen der Volksschule verwendet?

Zur Analyse der Sprechakte in der parlamentarischen und medialen Arena wurden politische Vorstösse in den schweizerischen Kantonsparlamenten zwischen 2012 und 2022 sowie Beiträge in deutschsprachigen, schweizerischen Tages- und Wochenzeitschriften zum Thema Inklusion und Integration in der Volksschule zwischen Januar 2015 und Dezember 2020 untersucht.

Die politischen Vorstösse zu heil- und sonderpädagogischen Themen in Bezug auf die Volksschule zwischen 2012 und 2022 wurden auf der Basis der Dokumentation des Informations- und Dokumentationszentrums (IDES) der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) anhand heil- und sonderpädagogischer Begrifflichkeiten (Heilpädagogik, Sonderpädagogik, Logo-

pädie, Psychomotoriktherapie, Behinderung, Beeinträchtigung, Integration, Inklusion) gesammelt. Die Medienberichte wurden anhand der Medienbeobachtung argus avenue gesammelt.

Der Auftrag an die kantonalen Parlamente (Legislative) ist es, die gesetzlichen Grundlagen für die Exekutive und deren Verwaltungseinheiten sowie die Praxis zu formulieren. Motionen zielen direkt auf Gesetzesänderungen hin und brauchen schon für die Überweisung eine Mehrheit. Darum wurden für die Detailanalyse aus den politischen Vorstössen die Motionen gewählt.

Die Motionen und Medienberichte wurden einem mehrstufigen Auswertungsverfahren unterzogen. Nach einer zusammenfassenden und strukturierten Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) wurde induktiv ein Themenbegriff formuliert und ein Schlagwort zugeteilt. Zudem wurde zur inhaltlichen Orientierung die Hauptaussage eines Vorstosses bzw. eines Medienberichtes prägnant zusammengefasst. Anschliessend wurden Vorstösse und Medienberichte gemäss den Grundkategorien nach Graumann & Wintermantel (2007): Trennen, Distanzieren, Abwerten oder Festschreiben konsensuell im Team codiert und ausgewertet (vgl. Schmidt 2010).

**Trennen:** Eine Möglichkeit, eine Trennlinie zwischen der In- und der Outgroup zu ziehen, besteht im systematischen und wiederholten Gebrauch von „WIR“ und „SIE“. Ankerbeispiele: Kinder mit Defiziten vs. Kinder ohne Defizite; Regelklassen vs. Spezialunterricht; Regellehrpersonen vs. Lehrpersonen für den Spezialunterricht.

**Distanzieren:** Manchmal kann die Bezeichnung SIE den Bezeichneten demonstrativ als „die Person da“ beschreiben. Es sind sprachliche Mittel, mit denen eine räumliche oder zeitliche Distanz erzeugt wird, auch indem vermieden wird, die entsprechende Person oder Gruppe überhaupt zu erwähnen. Ankerbeispiele: Kinder mit Defiziten werden in der Regelschule integriert. Der Spezialunterricht findet ausserhalb der Regelschule statt.

**Abwerten:** Wer auf Distanz gehalten wird, kann zudem durch den Gebrauch abschätziger oder verunglimpfender Worte abgewertet werden. Ankerbeispiele: Kinder mit Defiziten. Unruhige Kinder.

**Festschreiben:** Wenn individuelles Verhalten durch den Hinweis auf (vermeintliche) Gruppeneigenschaften erklärt wird, bedeutet dies, Individuen zu stereotypisieren (vgl. Graumann & Wintermantel 2007). Ankerbeispiele: Die aggressiven Kinder. Die Verhaltensgestörten.

Eine erste Übersicht wurde durch eine studentische Mitarbeiterin erstellt. Diese wurde durch eine zweite studentische Mitarbeiterin und die Projektleitung geprüft und ergänzt. Die Interraterreliabilität lag bei 84.4%. Wichtig war die Partnerarbeit, um angemessene Zuordnungen zu den Kategorien durch „konsensuelles Codieren“ gemeinsam reflektieren zu können.

### 3 Ergebnisse

Es wurden 353 politische Vorstösse zu heil- und sonderpädagogischen Themen aus Kantonsparlamenten der Jahre 2012 bis Frühling 2023 gefunden. Die Mehrheit der Vorstösse waren Anfragen (35.4%), Interpellationen (33.7%) sowie Postulate (17.6%). Nur 45 Vorstösse (12.7%) waren als Motionen eingereicht worden und zielten auf Gesetzesänderungen ab.

Dazu kamen Parlamentarische Initiativen.

164 Vorstösse (46.5%) wurden in den Kantonen Basel-Stadt (37), Zürich (32), St. Gallen (29), Basel-Land (28), Aargau (28), Bern (25), Solothurn (22) und Luzern (22) eingereicht. Die parlamentarischen Debatten um heil- und sonderpädagogische Themen finden somit mehrheitlich in den deutschsprachigen Kantonen statt und werden von allen Parteien geführt. 137 Vorstösse (38%) stammen aus der Feder von Vertreterinnen und Vertretern der Sozialdemokratischen Partei (SP), gefolgt von der Mitte (56), der Schweizerischen Volkspartei (42), der FDP. Die Liberalen (36), den Grünen (29) und der Grünliberalen Partei (GLP) mit 19 Vorstössen. Thematisiert werden vor allem die integrative Förderung (55 Vorstösse), die Frage der Integration und Bildung von Asylsuchenden (37), vor allem im Jahr 2022 infolge der Ukraine Krise, sowie die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen (33) im Jahr 2021 aufgrund der Schulschliessungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie. Weniger häufig und über die ganze Zeitspanne verteilt sind die Themen Logopädie und Sprachförderung (30), Sonderschulen (28) und Frühe Förderung (24). Da in den politischen Vorstössen das Thema Integration und Inklusion die häufigsten Themen waren, wurden die Medienberichte mit diesen Schlagworten gesucht, um den Quellenkorpus überschaubar und bearbeitbar zu halten. Es wurden 221 entsprechende Medienberichte gefunden.

#### 3.1 Diskriminierende Sprechakte

40 Motionen konnten bezüglich diskriminierender Sprechakte untersucht werden. Trennungen finden wir in 18 der 40 Motionen, Distanzierungen in fünf Motionen und Abwertungen in sieben Motionen. Eine Festschreibung wurde bei zwei Motionen festgestellt, in diesen beiden Motionen finden wir auch Trennungen, Distanzierungen und Abwertungen.

In 41 Medienberichten (18.6%) wurden Trennungen festgestellt, in 25 (12.3%) Distanzierungen, in 23 Abwertungen und in 10 (4.5%) Festschreibungen. In vier Medienberichten wurden alle Kategorien markiert.

Exemplarisch werden im Folgenden die diskriminierenden Sprechakte anhand einer überwiesenen Motion und eines Medienberichtes aus einer Zeitung mit sehr hoher Reichweite dargestellt.

### 3.1.1 Unruhe beheben und Kosten sparen

Die Motion vom 20. Januar 2014 von Sabine Geissbühler-Strupler (SVP) fordert den Regierungsrat des Kantons Bern auf, den Spezialunterricht „für Kinder mit Defiziten“ in die schulfreien Zeiten zu verlegen, die Lohnschere (Heilpädagogin/Kindergärtnerin/Regelklasselehrperson) zu eliminieren und den Zusatzunterricht (integrative Förderung, Logopädie, Psychomotorik) nach Möglichkeit in Kleingruppen durchzuführen. Dies mit der Begründung, dass durch die Integration Unruhe in die Schulzimmer gekommen sei und viele Lehrpersonen, leistungsschwache, fremdsprachige oder verhaltensauffällige Kinder überfordert seien. Als Trennungen und gleichzeitige Akzentuierung werden Kinder mit Defiziten genannt. Dies sind leistungsschwache, fremdsprachige oder verhaltensauffällige Kinder gegenüber Kindern ohne Defizite. Es werden auch Regelklassen der Volksschule vom Spezialunterricht, reguläre Unterrichtszeit von den individuellen Stundenplänen sowie Kindergärtnerinnen und Regellehrpersonen von Lehrpersonen für den Spezialunterricht unterschieden. Mit der Aussage „Durch die Integration von Kindern mit Defiziten in Regelklassen der Volksschule ist Unruhe in die Schulzimmer gekommen“ wird eine räumliche Distanz und ein „wir“ geschaffen. Insgesamt wird der Spezialunterricht und damit auch die dafür zuständigen Lehrpersonen abgewertet. Der Spezialunterricht bringt Unruhe, ist störend, belastend, leistungsmindernd. Der Sonderschulunterricht wird als die Abweichung von der Norm dargestellt, abgewertet und metaphorisch aus dem regulären System in die schulfreie Zeit geschoben. Die Motion wurde im September 2014 im Berner Parlament verhandelt und abgeschrieben (vgl. Geissbühler 2014).

### 3.1.2 Jedes fünfte Kind stört den Unterricht

Der Beitrag in der Sonntagszeitung vom 29. April 2019 von Nadja Pastega und Sylvain Besson bezieht sich auf die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Pädagogischen Hochschule Zürich in der 450 Lehrpersonen zum Verhalten von 4300 Schülern befragt worden waren. Eingeleitet wird der Beitrag durch ein Fallbeispiel, Philipp, einem „kleinem Raufbold“. „Rabiate Störenfriede“ und „Unruhestifter“ wie er sind „renitent, werfen Mobiliar durch das Klassenzimmer, beschimpfen Lehrer und Mitschüler“. Die Zahl solcher „Raudauschüler“ nähme zu, auch, weil die Kleinklassen für verhaltensauffällige Schüler aufgehoben wurden, „diese Kinder sind nun in normalen Regelklassen untergebracht“.

In diesem Beitrag wird zwischen störenden Kindern und nicht störenden Kindern unterschieden. Mit dem Satz „diese Kinder sind nun in normalen Regelklassen untergebracht“ werden sie zwar im Regelsystem verordnet, im Text wird aber deutlich, dass sie in Kleinklassen, also ausserhalb des Regelunterrichts, besser untergebracht wären. Die Abwertung „störend“ wird mit den Akzentuierungen „Raufbold“, „Störenfried“ etc. verstärkt.

Der Beitrag blieb nicht unkommentiert und löste eine Flut von Leserbriefen aus.

## 4 Diskussion und Fazit

Die Studie befasste sich mit politischen Vorstössen zu heil- und sonderpädagogischen Themen sowie Medienberichten zum Thema Inklusion und Integration in der Schweiz im deutschsprachigen Gebiet zwischen 2012 und 2022. Die Analyse anhand der vier Kategorien von Graumann und Wintermantel (2007) führte zur Identifikation diskriminierender Sprechakte.

In den politischen Vorstössen und Medienberichten werden zahlreiche Trennungen gemacht. Trennungen sind Ausdruck des Widerspruches, der auch in vielen Veröffentlichungen zum Thema inklusive Bildung und Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu beobachten ist. Es werden Massnahmen gefordert, die für alle gelten, gleichzeitig wird auf spezifische Bevölkerungsgruppen Bezug genommen (vgl. Kohut-Diaz 2023). Trennungen sind nicht per se diskriminierend, sondern es stellt sich die Frage, was im weiteren Verlauf einer Aussage damit gemacht wird. Folgen Distanzierungen und Abwertungen, wird die Performanz diskriminierender Sprechakte sichtbar, die mit den Akzentuierungen festgeschrieben wird. Diskriminierende Sprechakte dienen der Aufrechterhaltung von Machtbeziehungen, die im medialen und politischen Diskurs verhandelt werden. Anhand der Kategorien Trennen, Distanzieren, Abwerten und Akzentuieren lassen sich solche diskriminierenden Sprechakte im medialen und politischen Diskurs zu heil- und sonderpädagogischen Themen festmachen, aufdecken und diskutieren, auch in anderen Ländern und Sprachräumen. Damit kommt man auch zur Frage, wer diese Diskurse prägt. Diversität als Teil journalistischer und politischer Ethik bedeutet auch, dass Menschen mit Behinderungen sich zunehmend selber im medialen und politischen Diskurs einbringen (vgl. bspw. Haruna-Oelker 2023; Pöttker 2016).

## Literatur

- Austin, J. (1972): *Zur Theorie der Sprechakte (How to Do Things with Words)*. Ditzingen: Reclam.
- De Saussure, F. (1967): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Berlin: De Gruyter.
- Geissbühler-Strupler, S. (2014): *Unruhe beheben, Kosten sparen*. Motion 030–2014, Kanton Bern.
- Online unter: *Unruhe beheben, Kosten sparen*
- Graumann, C.-F., & Winterhalter, M. (2007): *Diskriminierende Sprechakte. Ein funktionaler Ansatz*. In: S. Herrmann, S. Krämer & H. Kuch (Hrsg.): *Verletzende Worte. Die Grammatik sprachlicher Missachtung*. Bielefeld: transcript, 147–178.
- Haruna-Oelker, H. (2023): *Wer macht Medien? Diversität als Herausforderung und Anspruch*. In: J. Legrand, B. Linden, & H.J. Arlt (Hrsg.): *Welche Öffentlichkeit brauchen wir?* Springer VS, Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-39629-9\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-39629-9_4)
- Jarren, O. (2021). *Demokratie benötigt Journalismus und Medien: Zur anhaltenden Relevanz publizistischer Medien für die gesamtgesellschaftliche Kommunikation*. In: M. Magin, U. Rußmann, & B. Stark (Hrsg.): *Demokratie braucht Medien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 117–141.

- Kohut-Diaz, M. (2023): Inclusive education for all: Principles of a shared inclusive ethos. In: *European Journal of Education*, 58. Jg., 185–196.
- Kriesi, H. (2001): Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess: Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt. (WZB Discussion Paper, No. P 01–701). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB).
- Lang, G. E., & Lang, K. (1983): *The Battle for Public Opinion. The President, the Press and the Polls During Watergate*. New York: Columbia University Press.
- Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 601–613.
- Pastega, N. & Besson, S. (2019): Jedes fünfte Kind stört den Unterricht. *Sonntagszeitung*, 29. April 2019. Online unter: [Jedes fünfte Kind stört den Unterricht](#)
- Pöttker, H., Kiesewetter, Ch., & Lofink, J. (Hrsg.) (2016): *Migranten als Journalisten? Eine Studie zu Berufsperspektiven in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmidt, C. (2010): Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In: B. Frieberthäuser, A. Langer & A. Prengel (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*. Weinheim: Juventa, 473–486.

## Autorin

Monika T. Wicki, Prof. Dr.  
 Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich  
 Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Steuerung und Organisation heil- und sonderpädagogischer Angebote, Educational Governance  
[monika.wicki@hfh.ch](mailto:monika.wicki@hfh.ch)